

EZB macht deutlich: Kein Ende der Nullzinspolitik in Sicht

- **Fed erhöht erneut die Zinsen**
- **Tesla-Short mit 23% Gewinn verkauft**
- **US-Börse: Pulverfass mit brennender Lunte**
- **Was machen eigentlich ... meine Steuergroschen?**
- **Wartung von Computern auf Kosten des Unterrichts**

Die wahre Botschaft der anhaltenden Nullzinspolitik

Liebe Leser,

am 14. Juni hat die Europäische Zentralbank verkündet, dass sie ihre schon seit Jahren andauernde Nullzinspolitik mindestens bis zum Sommer 2019 fortführen wird. Erinnern Sie sich: Die verantwortlichen Zentralbankburokraten sprachen bei der Einführung von Nullzinspolitik und Anleihenkaufprogrammen von kurzfristigen Notfallmaßnahmen, die sie mit dem Ausmaß der Krise des Jahres 2008 rechtfertigten.

Seither sind fast 10 Jahre vergangen – und die EZB-Führung sieht weiterhin die Notwendigkeit, an ihrer ultra-laxen Geldpolitik festzuhalten. Mehr müssen Sie eigentlich gar nicht wissen, um den wahren Zustand der Konjunktur und der Europäischen Währungsunion zu kennen. Draghis Botschaft ist klar und deutlich: Der Patient Europa kann nicht von der Intensivstation entlassen werden.

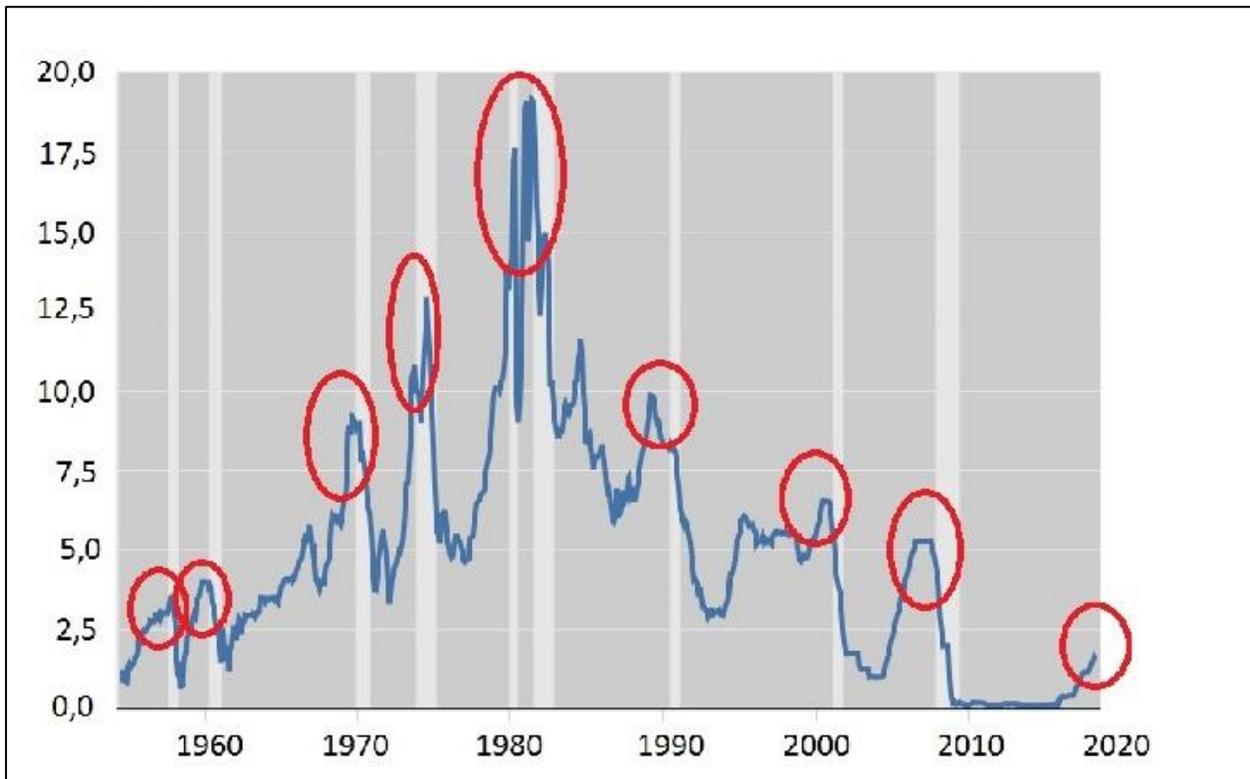
Kein Wunder, möchte ich hinzufügen, da die Krankheit des Patienten – Überschuldung und mangelnde Wettbewerbsfähigkeit vieler Länder – ja gar nicht behandelt wurde. Der Patient EU wurde lediglich massiv unter Drogen gesetzt. Jetzt ist er nicht nur weiterhin schwerkrank, sondern auch noch drogenabhängig.

Fed erhöht erneut die Zinsen

Im Unterschied zur EZB hat die US-Zentralbank Fed am 13. Juni zum nunmehr siebten Mal seit Dezember 2015 die Leitzinsen erhöht. Die amerikanischen Zentralbankburokraten sind offenbar der Überzeugung, dass ihr Patient, die US-Wirtschaft, ganz langsam von der seit 2008 verordneten geldpolitischen Droge entwöhnt werden kann.

Dass diese Entwöhnung gelingen kann, ohne eine Krise auszulösen, ist sehr unwahrscheinlich. Bisher haben fast alle Zinserhöhungszyklen der Fed eine Krise in Form einer Rezession ausgelöst und damit einhergehend auch stets eine Aktienbaisse. Die Chancen stehen also schlecht, dass es dieses Mal anders kommen wird.

Kurzfristige US-Zinsen und Rezessionen, 1955 bis 2018



Auf steigende Zinsen folgen Rezessionen. Die hellgrauen Balken kennzeichnen US-Rezessionen.

Quelle: St. Louis Fed

Tesla-Short mit 23% Gewinn verkauft

Noch ist es aber nicht so weit. Die US-Aktienmärkte geben trotz der extremen Überbewertung sogar Signale für eine Sommerrally. Nachdem es Anfang des Jahres noch so ausgesehen hatte, als hätte der unvermeidliche Crash begonnen, deuten jetzt einige Kennzahlen darauf hin, dass der spekulative Irrsinn noch immer nicht zu Ende ist. Den Tesla-Short, den wir den Lesern meines [Börsenbriefes Krisensicher Investieren](#) empfohlen hatten, haben wir deshalb per Stopp-Order mit einem Gewinn von plus 23% verkauft.

US-Börse: Pulverfass mit brennender Lunte

Im größeren Bild gleicht die US-Börse einem Pulverfass mit brennender Lunte. Die Kombination aus extremer Überbewertung, steigenden Zinsen und Euphorie ist nämlich typisch für die Endphase einer Spekulationsblase. Das nächste ganz große Ereignis wird das Platzen dieser Blase sein. Bereiten Sie sich darauf vor mit Krisensicher Investieren. [Jetzt 30 Tage kostenlos testen.](#)

Ich wünsche Ihnen ein fröhliches Wochenende,

Ihr

Claus Vogt

Claus Vogt, Chefredakteur Krisensicher Investieren

P.S.: P.S.: Gute Edelmetallaktien steigen schon wieder. Sind Sie mit von der Partie?

P.P.S.: Sie wollen Woche für Woche über die Börse sowie Wirtschaft informiert werden und den kostenlosen Claus Vogt Marktkommentar direkt in Ihr Postfach bekommen, dann melden Sie sich [hier](#) ganz einfach mit Ihrer E-Mail an.

[Schützen und mehren Sie Ihr Vermögen und testen Sie noch heute KRISENSICHER INVESTIEREN 30 Tage kostenlos.](#)

Claus Vogt, der ausgewiesene Finanzmarktexperte, ist zusammen mit Roland Leuschel Chefredakteur des kritischen, unabhängigen und konträren Börsenbriefs Krisensicher Investieren.

2004 schrieb er ebenfalls zusammen mit Roland Leuschel das Buch "Das Greenspan Dossier" und die „Inflationsfalle“. Mehr zu Claus Vogt finden Sie [hier](#).

Was machen eigentlich ... meine Steuergroschen? (08.06.2018)

Autor: Gotthilf Steuerzahler

Wartung von Computern auf Kosten des Unterrichts

Liebe Leserinnen und Leser,

vielfach übernehmen in Schulen Lehrkräfte die Wartung und Pflege der Computersysteme und stehen somit für den Unterricht vor der Klasse nicht mehr zur Verfügung. Darüber hinaus reicht die IT-Ausstattung an vielen Schulen nicht aus, um eine solide Medienbildung der Schüler zu ermöglichen.

Vor einiger Zeit untersuchte der Rechnungshof eines norddeutschen Bundeslandes die IT-Betreuung und die IT-Ausstattung der Schulen des betreffenden Bundeslandes. Durch eine repräsentative Umfrage an Gymnasien, Gesamt- und Oberschulen ermittelte der Rechnungshof zunächst den Personalaufwand für die Wartung und Pflege der Computersysteme und -netzwerke der Schulen. Nach dem Ergebnis der Befragung waren 83 % der schulischen Systembetreuer Beschäftigte des Landes, der größte Teil davon Lehrkräfte. Nur bei lediglich 17 % der IT-Betreuer handelte es sich um Personal der Schulträger, um IT-Firmen oder um sonstige Dritte, wie Ehepartner von Lehrkräften oder Ehrenamtliche.

Der Rechnungshof hat das Umfrageergebnis auf sämtliche Schulen der geprüften Schulformen hochgerechnet und ausgeführt, dass in dem betreffenden Bundesland Lehrkräfte im Umfang von 261 Lehrerstellen nicht für den Unterricht in der Klasse, sondern für die IT-Betreuung eingesetzt würden.

Die Kommunen müssten die IT-Betreuung sicherstellen

Dabei sind die kommunalen Schulträger, also die Städte und Kreise, gesetzlich verpflichtet, die Schulen mit der notwendigen IT-Infrastruktur auszustatten, diese zu unterhalten und das für die IT-Betreuung erforderliche Personal zu finanzieren. Durch den Einsatz der Lehrkräfte finanziert das Land die schulische IT-Betreuung nach den Berechnungen des Landesrechnungshofs mit 23,7 Millionen Euro im Jahr. Hinzu kommen weitere 5,3 Millionen Euro jährlich für das sonstige, nichtlehrende Landespersonal.

Der Rechnungshof hat kritisiert, dass überwiegend Lehrkräfte die IT-Betreuung an den Schulen ausüben und damit für unterrichtende Tätigkeiten nicht zur Verfügung stehen. Er hat in diesem Zusammenhang auf den fortbestehenden Lehrermangel hingewiesen. Überdies widerspreche es dem haushaltsrechtlichen Gebot der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit, wenn Lehrkräfte für Aufgaben verantwortlich seien, die weder ihrer Besoldung noch ihrer pädagogischen Ausbildung entsprächen. Hinzu komme, dass die kommunalen Schulträger vom Land ergänzende

Finanzmittel für die Wartung und Pflege der Computersysteme und -netzwerke in den Schulen erhielten.

Zu wenige Computer für die Schüler

Die Lehrpläne des in Rede stehenden Landes sehen vor, dass Schulen auf der Grundlage eines von ihnen zu erstellenden Konzepts im Unterricht neue Technologien nutzen. Darüber hinaus bestehen für einzelne Fächer Lernziele im Umgang mit den neuen Technologien. So müssen Schülerinnen und Schüler der Klassen 5 und 6 im Fach Deutsch Textverarbeitungsprogramme und Suchmaschinen anwenden sowie E-Mails verfassen können. An Gymnasien werden ab Klasse 7 mediengestützte Präsentationen in fast allen Fächern vorausgesetzt. Diese elementaren Anforderungen der Mediennutzung werden im Fachunterricht allerdings oftmals nicht erreicht, wie 40 % der Schulen dem Rechnungshof in der repräsentativen Umfrage bestätigten.

So arbeiteten an einer Gesamtschule Schülerinnen und Schüler einer Klasse während ihrer gesamten Schulzeit bis zum 9. Schuljahr noch nie am Computer. An einer anderen Schule - einem Gymnasium - war für 800 Schülerinnen und Schüler lediglich ein Computerraum vorhanden.

Nicht durchdachte Beschaffungen

Ein Schulträger beschaffte für eine Schule ein neues Whiteboard, das allerdings nicht höhenverstellbar war. Lediglich die erste Reihe der Schülerinnen und Schüler konnte daher dem Unterricht folgen. Für die anderen war das digitale Tafelbild nicht einsehbar. Ein anderer Schulträger erwarb 15 Computer, die jedoch mehr als ein Jahr nicht genutzt werden konnten, weil in der Schule keine passenden Anschlüsse vorhanden waren. Im Rahmen einer Renovierung von Klassenräumen installierte ein Schulträger falsche oder ungenügende Anschlüsse für digitale Medien. In einem anderen Fall stellte sich erst nach dem Aufbau eines vom Schulträger beschafften, mobil einsetzbaren Notebookwagens heraus, dass dieser nicht durch die Schultüren passte.

Die IT-Betreuung an Schulen soll neu geordnet werden

Das Schulministerium des betreffenden Bundeslandes hat gegenüber dem Landesrechnungshof eingeräumt, dass Lehrkräfte mehr Administrationsaufgaben wahrnehmen, als sie tatsächlich sollten. Weiterhin hat das Ministerium zugesichert, zeitnah die IT-Ausstattung an allen Schulen sowie ihre Medienbildungskonzepte festzustellen. Außerdem beabsichtigt es, die vom Rechnungshof festgestellten Mängel bei der IT-Infrastruktur im Zusammenwirken mit den Schulträgern abzustellen. Wollen wir hoffen, liebe Leserinnen und Leser, dass diese Pläne alsbald in die Tat umgesetzt werden, sagt mit Nachdruck

Ihr

Gotthilf Steuerzahler

Dieser Text stammt aus dem kostenlosen Newsletter [Claus Vogt Marktkommentar](#).

Claus Vogt, der ausgewiesene Finanzmarktexperte, ist zusammen mit Roland Leuschel Chefredakteur des kritischen, unabhängigen und konträren Börsenbriefs [Krisensicher Investieren](#).

[Schützen und mehren Sie Ihr Vermögen und testen Sie noch heute KRISENSICHER INVESTIEREN 30 Tage kostenlos.](#)

2004 schrieb er ebenfalls zusammen mit Roland Leuschel das Buch "Das Greenspan Dossier" und die „Inflationsfalle“. Mehr zu Claus Vogt finden Sie [hier](#).